

# RS Vfgh 1999/2/24 B4736/96

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.02.1999

## Index

L3 Finanzrecht

L3704 Ankündigungsabgabe

## Norm

StGG Art5

Wr AnkündigungsabgabeV §2 Abs5

## Rechtssatz

Aufhebung des Bescheides im Anlaßfall.

Im E v 17.12.98, G15/98, V9/98, wird eingehend dargelegt, weshalb die von der belangten Behörde angewendete Wr AnkündigungsabgabeV verfassungskonform dahin zu verstehen ist, daß ihr zufolge nur jener Teil des von der beschwerdeführenden Partei vereinnahmten Entgeltes der Abgabe unterworfen werden darf, der dem im Erhebungsgebiet, also im Gebiet der Stadt Wien, entstandenen Reklamewert im Verhältnis zum gesamten Reklamewert entspricht. Da die belangte Abgabenberufungskommission dies verkannte und den von ihr herangezogenen Verordnungsbestimmungen fälschlich einen verfassungswidrigen Inhalt unterstellte, verletzte sie die beschwerdeführende Partei durch die Abgabenvorschreibung im Recht auf Unversehrtheit des Eigentums.

## Entscheidungstexte

- B 4736/96  
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 24.02.1999 B 4736/96

## Schlagworte

Ankündigungsabgaben, VfGH / Anlaßverfahren, VfGH / Anlaßfall

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1999:B4736.1996

## Dokumentnummer

JFR\_10009776\_96B04736\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)